Erkenntnisse	Allgemein	Politik	Schule	Jugendarbeit	KiJuPa
und Ergebnisse					
Sicherheit	 In dieser Kategorie geht es ausschließlich um das Sicherheitsgefühl. Jede zweite befragte Person fühlt sich "sehr sicher" oder "sicher". Problemzonen: Hauptbahnhof, Lahntreppen, Südbahnhof 	Gegen die (subjektive) Angst vor Übergriffen Mehr Präsenz von "Problemlöser*innen"/ aufsuchender, mobiler Jugendarbeit zu bestimmten Zeiten Einrichtung von "Sicherheitszonen/ Sicherheitspoints", klar gekennzeichnet, z.B. Cineplex, Geschäfte, Lokale Notfall-/Begleittelefon-nummer, wenn Jugendliche alleine Unterwegs sind und sich unsicher fühlen → über die Leitstelle der Feuerwehr Mehr Lampen oder Solarleuchtkugeln in den dunklen Ecken und Straßen (Überprüfen, wo es sinnhaft ist, auch bezogen auf die Lichtemission). Am Ortenbergsteg ein Nottelefon Knopf (Zusammenarbeit im Vorfeld mit dem Ortsbeirat und weiteren Akteuren) Vergünstigte Nachttarife für Schüler*innen beim Taxi.	Gegen die (subjektive) Angst vor Übergriffen Selbstverteidigungstrainings im Sportunterricht. Deeskalationstrainings/ Streitschlichter*innenprogramme stärker fördern und ausbauen Trainings zum Verhalten im öffentlichen Raum Mehr regelmäßige und verpflichtende Aufklärung über Drogen, Alkohol, Tabak, Lachgas	Gegen die (subjektive) Angst vor Übergriffen Mehr Selbstverteidigungs- angebote Deeskalations- trainings Trainings zum Verhalten im öffentlichen Raum Als Angebote der OKJA und in Kooperation mit Schulen	 Auseinander-setzung mit den Themen (Einladen von Experten*innen, Besuche von Institutionen) Andere Kinder und Jugendliche sensibilisieren Auseinander-setzung mit den Ergebnissen der Prüfung von der Waffenverbots-zone

Erkenntnisse	Allgemein	Politik	Schule	Jugendarbeit	KiJuPa
und				3	
Ergebnisse Diskriminierung	 Schule und Öffentlicher Raum sind Standorte, an denen die Betroffenen am meisten Diskriminierung erfahren. Rassismus ist die am häufigsten angegebene Diskriminierungsart, danach wurde Geschlecht genannt. Über 50% aller, die sich offen als LGBTQIA+ identifizieren (zumindest die, die es angegeben haben) haben Diskriminierungserfahrung ebenso bei Befragten mit Migrationshintergrund (10% mehr als Befragte ohne Hintergrund) 	Entwicklung eines eigenen, städtischen Gütesiegels / Zertifikats zum Thema Antidiskriminierung für Schulen und Einrichtungen, mit messbaren Kriterien und regelmäßigen Kontrollen durch den Schulträger (→ das derzeitige Siegel "Schule mit Courage, Schule ohne Rassismus" reicht nicht aus, da die Anforderungen zu niedrig sind, 70% der Schüler*innenschaft muss nur eine Unterschrift machen und das ist zu unsicher und das auch nur einmalig → Es wird nicht immer gelebt)	 Verpflichtende Workshops zur Aufklärung in allen Jahrgangsstufen an allen Schulen (evtl. Demokratieprojekte/- Tage, z.B. wie an der MLS) Stadtschüler*innenrat und SVen sollen sich stärker mit dem Thema auseinandersetzen und für die jeweiligen Schulen eigene Vorschläge machen. Wenn man eine "Schule ohne Rassismus" ist, dann sollte man sich verpflichten regelmäßig entsprechende Angebote zu machen! Stärkung der Diskussions- und Debattierkultur an Schulen, um Diskriminierung und Ausgrenzung klarer entgegen zutreten → konkret Aufnahme von Programmen wie Jugend debattiert, Einführung von Debattierclubs, in diesem Zusammenhang Zusammenhang Zusammenarbeit mit der Sprechwissenschaft 	 Kooperation mit Schulen für Workshops Workshops der politischen Bildung Anlaufstellen für Betroffene sein 	Brief an die Stiftung von "Schule mit Courage, Schule ohne Rassismus" mit unseren Kritikpunkten und der Bitte um Änderung/ Verbesserung Angebote auch für Außenstehende (Kooperation mit anderen)

Erkenntnisse A	Allgemein	Politik	Schule	Jugendarbeit	KiJuPa
und					
und Ergebnisse Freizeit	 Große Zufriedenheit bei den Freizeitangeboten und Infrastruktur: mehr als die Hälfte ist zufrieden oder sehr zufrieden 	 Mehr Sichtbarkeit der Angebote für jungen Menschen in Marburg Einführung einer Jugend-APP nach dem Vorbild in Kassel mehr Werbung in Schulen und über Social Media 	AG-Angebote stärker an den Interessen der Schüler*innen ausrichten (Schulinterne Umfragen)	 Mehr Sichtbarkeit der Angebote für jungen Menschen in Marburg Einführung einer Jugend-APP nach dem Vorbild in Kassel mehr Werbung in Schulen und über Social Media 	© S

Erkenntnisse	Allgemein	Politik	Schule	Jugendarbeit	KiJuPa
Erkenntnisse und Ergebnisse Medien und Digitalisierung	Wichtig, um eine sichere Zukunftsperspektive zu bieten (Ausbildungsmarkt, Arbeitsmarkt) Es passiert schon sehr viel in diesem Bereich, dennoch sollte kontinuierlich Angebote ausgebaut und vorgehalten werden		Mediale Zukunftssicherung (im Bezug zu Homeschooling), verpflichtende Schulungen für Lehrkräfte, IT- Beauftragte sollten das nicht in ihrer Freizeit tun, sondern entsprechend bezahlt werden Klare und einheitliche Regelungen für Marburger Schulen für Lehrkräfte und Schüler*innen im Umgang im Mediennutzung, auch im Umgang mit Handys und sozialen Medien ("Wir wollen keine Verbote, sondern das Erlernen vom richtigen Umgang!") Öfter Workshops zu Themen wie Sicherheit und Datenschutz, Fake News, o.ä. (Ausbau/Erweiterung des Angebots an Jugendliche)	• öffentliche Workshops zu Themen wie Sicherheit und Datenschutz, Fake News, u.ä. (Ausbau/Erweiterung des Angebots an Jugendliche) • Kooperationen mit Schulen	Treffs zum Thema mit Expert*innen

Erkenntnisse	Allgemein	Politik	Schule	Jugendarbeit	KiJuPa
und Ergebnisse					
Politik und Beteiligung	 Hier gibt es Handlungsbedarf! Kommunalpolitik ist nicht sichtbar und es herrscht großes Unwissen! 87% gaben an kein Wissen über Kommunalpolitik zu besitzen. Unterschiede in den Schulformen sichtbar. Nur 15,2% engagieren sich gesellschaftlich oder politisch. In punkto Stadt-Zufriedenheit und der Erfüllung von Bedürfnissen junger Menschen ist noch Luft nach oben. 	 Kommunalpolitik muss für junge Menschen interessant sein. → stärkere Transparenz, was passiert in der Stadt? Prozesse, Vorhaben etc. jugendgerecht erklären Poltische Entscheidungsträger*innen müssen junge Menschen und ihre Themen stärker in den Fokus nehmen und sich für junge Menschen öffnen → Jugendcheck Wir schlagen Formate vor wie regelmäßige Jugendkonferenzen um den Dialog zwischen Politik und Jugend kontinuierlich zu fördern. 	 Das Thema Kommunalpolitik muss viel stärker in den Schulen besprochen werden. Der Unterricht zur Kommunalpolitik muss attraktiv gestaltet werden (Gäste aus Politik und Verwaltung, Kommunales Planspiel) 	 Die Politischen Bildungsangebote sind wichtig und es muss mehr geben, z.B. Kommunales Planspiel. (Kommunalpolitik muss für junge Menschen interessant sein → stärkere Transparenz, was passiert in der Stadt? Prozesse, Vorhaben etc. jugendgerecht erklären) 	Wir halten das Fähnchen hoch! Wir machen unseren Job! Wir sind ein gutes Beispiel für die Vermittlung von Wissen und Erleben von Kommunalpolitik!

Erkenntnisse	Allgemein	Politik	Schule	Jugendarbeit	KiJuPa
und Ergebnisse					
Schule und Bildung	Grundsätzlich fällt auf, dass es in der Wahrnehmung starke Unterschiede in den einzelnen Schulen gibt.	Die Stadt Marburg als Schulträger sollte dafür sorgen, dass an allen Schulen gleiche Bedingungen herrschen (Essensversorgung, mediale Ausstattung, Schultoiletten, WLAN, Zustand der Schule).	 Schule muss sicherstellen, dass Lehrkräfte wirklich die Schulungen bekommen, um die mediale Ausstattung nutzen zu können. Es braucht Konzepte für Schultoiletten als sichere "Wohlfühlorte". 	Jugendarbeit kann mit Schule dazu kooperieren.	Diesen Bereich nehmen wir verstärkt in den Blick.
Zukunft	 Die Zukunftsthemen bei jungen Menschen sind vielfältig. Der Unterstützungs- bedarf bezieht sich vor allem auf sehr individuelle Themenaspekte. 	 Die Stadt soll sich generell den Zukunftsthemen junger Menschen mehr widmen. Es braucht einen regelmäßigen Austausch zu Zukunftsthemen mit jungen Menschen. 	Themen wie Berufs- und Zukunftsorientierung , finanzielle Bildung und mentale Gesundheit sollten stärker in den Unterricht miteinbezogen werden.	Auch die Jugendarbeit sollte zu den Themen Berufs- und Zukunftsorientierun g, finanzielle Bildung und mentale Gesundheit mehr anbieten.	Wir haben die Zukunft im Blick
Verkehr und Mobilität	 67,9% der Befragten sind auf den ÖPNV angewiesen Die Zufriedenheit nimmt ab, je weiter der weg die Personen von Marburg wohnen Die RGS ist auffällig stark zufrieden Die Gruppe der 14-17 jährigen sind am Meisten auf den ÖPNV angewiesen 	 Der Erwachsenentarif in Bussen sollte auch wirklich nur für Erwachsene gelten! Die Stadt Marburg soll sich für die Abschaffung der 3km-Regel einsetzen Die Stadt Marburg soll für die Erweiterung des SuS- Tickets bis zum Ende der Schulzeit einsetzen Next Bikes sollten für Kinder und Jugendliche attraktiver gestaltet werden Bessere Taktung im Schulbusbereich – die 	 Bessere Taktung im Schulbusbereich – die Busse sind zu voll, hier braucht es mehr Busse Klare Regelung zur Eindämmung der Elterntaxis Klare Verkehrs- beruhigungen vor Schulen 		 Gespräch mit der Schüler*innen Kontaktstelle Ansprechstelle für Kinder und Jugendliche sein

 Umso weiter von der Kernstadt weg gewohnt wird, desto höher die Nutzung des ÖPNV Die überwiegende Mehrheit (92,8%) der Befragten fühlt sich auf dem Schulweg "sehr sicher" / "sicher" / "eher sicher" 	Busse sind zu voll, hier braucht es mehr Busse • Klare Regelung zur Eindämmung der Elterntaxis			
--	---	--	--	--

- Grundsätzlich empfehlen wir zur Stärkung der Vorschläge und Empfehlungen sie zur generellen Bewusstseinsmachung eine allgemeine Informationsplattform für junge Menschen -> siehe oben Jugend-App nach Vorbilds Kassels
 Zu dem Thema "Schule und Bildung" haben wir Schulbesuche bei einigen Schulen durchgeführt, um uns ein Bild vor Ort zu machen.